



**Abteilung Öffentlicher Dienst**

**Tag des Öffentlichen Diensts**

**9. Juni 2022**

## **Tagesresolution**

### **- Stoppt die Indexmanipulation!**

Aufgrund der Mobilisierung des OGBL, der sich geweigert hat, ein Tripartite-Abkommen zu unterschreiben, das eine Indexmanipulation bis mindestens 2024 vorsieht, hat die Regierung schließlich einen Rückzieher gemacht und die gesetzliche Indexmanipulation vorerst auf eine einzige Tranche beschränkt. Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass eine Indexmanipulation zu einer Zeit hoher Inflation und eines Personalmangels, der praktisch in allen Sektoren, einschließlich des öffentlichen Sektors, zu spüren ist, der völlig falsche Weg ist. Der als Kompensation vorgeschlagene Energie-Steuerkredit reicht nicht aus und ist auch inkohärent. Anstatt den Index zu manipulieren, müssen dringende Maßnahmen ergriffen werden, um die Kaufkraft der Arbeitnehmer\*innen, Rentner\*innen und ihren Familien zu stützen, einschließlich einer Anpassung der Steuertabelle an die Inflation und konsequenter Maßnahmen zur Bekämpfung der Spekulation mit Wohnraum.

### **- Globalverhandlungen für den gesamten öffentlichen Sektor**

Heute verhandelt die Regierung das Lohnabkommen für den öffentlichen Dienst hinter verschlossenen Türen mit der einzigen Gewerkschaft, die die Mehrheit im öffentlichen Dienst stellt. Tausende von Beschäftigten des öffentlichen Sektors hängen direkt oder indirekt von diesen Verhandlungen ab, darunter die kommunalen öffentlichen Dienste, die Arbeitnehmer\*innen beim Staat, die Beschäftigten der öffentlichen und konventionierten Einrichtungen im Gesundheits- und Sozialwesen sowie im Hochschul- und Forschungsbereich. Dieses Modell sollte durch Globalverhandlungen für den gesamten öffentlichen Sektor ersetzt werden, die die Mehrheitsgewerkschaft in diesen Sektoren, den OGBL, einbeziehen.

### **- Zwei Gehälterabkommen ohne Lohnanpassung sind genug!**

Trotz einer insgesamt gesunden Situation der öffentlichen Finanzen hat die Mehrheitsgewerkschaft im öffentlichen Dienst zwei aufeinanderfolgende Gehälterabkommen (für die Jahre 2018-19 bzw. 2020-2021-2022) ohne Anpassung des Punktwerts unterzeichnet. Diese „Nullrunden“ wirkten sich auch auf alle anderen Sektoren aus, die vom Gehälterabkommen abhängig sind. Jetzt kommt noch die Verschiebung der nächsten Indextranche hinzu, die sich ebenfalls auf die Kaufkraft der Beamt\*innen, der Angestellten des Staates und der Gemeinden sowie der Arbeitnehmer\*innen des öffentlichen Sektors auswirkt. Das nächste Gehälterabkommen muss einen Ausgleich für die in den letzten

fünf Jahren ausgebliebene Lohnerhöhung sowie die durch die Indexmanipulation entstandenen Reallohnverluste berücksichtigen.

#### **- Die Promotionskriterien beim Staat diskriminieren Frauen und Eltern**

Indem die gleiche Anzahl an Ausbildungsstunden in einem bestimmten Zeitraum für die Beantragung einer Beförderung vorgesehen ist, unabhängig davon, ob der/die Beamte und Angestellte Mutterschafts-/Elternurlaub genommen hat, stellt die Entscheidung, ein oder mehrere Kinder zu haben, eine große Benachteiligung für die Betroffenen dar, bei denen es sich meist um Frauen handelt. Darüber hinaus muss es auch Beamt\*innen und Angestellten in Teilzeit ermöglicht werden, die Stelle oder die Schule zu wechseln.

Abgesehen von der Frage der Beförderungskriterien darf der Zugang zur beruflichen Weiterbildung im öffentlichen Dienst nicht dem Belieben der Verwaltungschefs überlassen werden, sondern muss zu einem echten Recht werden.

#### **- Für eine Neueinstufung von diplomierten Polizist\*innen in die B1-Laufbahn**

Es ist unverständlich, dass Hunderte von Polizist\*innen, die erfolgreich einen Sekundarschulabschluss absolviert haben, immer noch in die Laufbahn C1 eingestuft werden, wo sie nun neue Rekruten ausbilden müssen, die ihrerseits korrekt in die Laufbahn B1 eingestuft werden. Anstatt die Betroffenen zu langen Gerichtsverfahren zu zwingen, muss die Regierung endlich handeln und die betroffenen Laufbahnen von C1 nach B1 aufwerten.

#### **- Für eine demokratische Personalvertretung - auch im öffentlichen Dienst**

Im Zusammenhang mit der Diskussion um den CovidCheck stellte der Staatsrat eine Ungleichbehandlung zwischen der Personalvertretung auf Ebene der Arbeitnehmer\*innen und derjenigen auf Ebene der Beamt\*innen und Staatsangestellten fest. Diese Ungleichheit beschränkt sich jedoch nicht auf den CovidCheck. Auch auf der Ebene der Beamt\*innen und Staatsangestellten müssen demokratische Wahlen von Personalvertretungen vorgesehen werden. Diese Personalvertretungen müssen die gleichen Rechte wie die Arbeitnehmer\*innenvertretungen haben, z.B. Zeitguthaben, das Recht, mit dem Personal zu kommunizieren und gewerkschaftliche Mitteilungen auszuhängen, Schutz des Arbeitsplatzes und der Karriere...

#### **Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beamt\*innen und Angestellten des Staates und der Gemeinden**

Der OGBL fordert eine umfassende Studie unter den Beamt\*innen und Staatsangestellten über die Arbeitsbedingungen und das Auftreten von Stress und Burnout. Die Analyse dieser Studie soll es ermöglichen, angemessene Mittel freizusetzen, um die Belegschaften durch die Einstellung von zusätzlichem Personal zu verstärken oder Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu ergreifen.

Es sollten Verfahren zur Bekämpfung von Mobbing am Arbeitsplatz eingeführt und die Prävention in diesem Bereich verstärkt werden.

Telearbeit sollte für alle Stellen, an denen sie möglich ist, zugänglich sein, muss aber erneut durch eine großherzogliche Verordnung geregelt werden.

Die zahlreichen Nachteile bei der Arbeitszeitregelung im Vergleich zum Privatsektor müssen beseitigt werden, insbesondere die Möglichkeit, bis zu 12,5 Stunden/Tag zu arbeiten (10 Stunden im Privatsektor) und die Tatsache, dass der/die Minister\*in eine Verlängerung der Referenzperiode um bis zu 12 Monate ohne Gegenleistung in Form von zusätzlichen Urlaubstagen beschließen kann.

Stattdessen sollte eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit ohne Lohnverlust angestrebt werden. Dass dies keine Utopie ist, zeigt das Beispiel Islands, wo 86% der Schaffenden nun eine 4-Tage-Woche genießen.

Auch der Vorruhestand für Schichtarbeiter\*innen sollte wieder eingeführt werden.

### **- Für eine kohärente Reform der Ausbildungen der Gesundheits- und sozialpädagogischen Berufe**

Seit Jahren prangert der OGBL einen zunehmenden Personalmangel im Sozial- und Erziehungssektor sowie im Gesundheits- und Pflegesektor an. In diesem Zusammenhang fordert der OGBL eine grundlegende und kohärente Reform der Ausbildungen der verschiedenen Berufe dieses Sektors in Luxemburg.

So müssen die Ausbildungen der Gesundheitsberufe in den Bologna-Prozess integriert werden, insbesondere mit der Schaffung und Ersetzung der aktuellen Ausbildung durch einen Bachelor für Krankenpfleger\*innen, einer klaren akademischen Differenzierung für spezialisierte Krankenpfleger\*innen, ergänzt durch eine kohärente Aufwertung der Ausbildungen für Lebenshelfer\*innen und Pflegehelfer\*innen.

### **- Stoppt die Privatisierungspolitik!**

Während die Covid-19-Pandemie einmal mehr gezeigt hat, wie wichtig gut funktionierende öffentliche Dienste sind, werden die Privatisierungstendenzen weiter vorangetrieben und betreffen mittlerweile die unterschiedlichsten Bereiche des öffentlichen Sektors. Als Beispiele seien nur genannt:

- der Einsatz privater Sicherheitsfirmen in den Gemeinden Luxemburg und Differdingen, um Aufgaben zu übernehmen, die eigentlich der Polizei zustehen.
- die Auslagerung von Laboratorien im Krankenhaussektor.
- Versuche, ambulante Tätigkeiten auszulagern, um die Übernahme dieser derzeit den Krankenhäusern vorbehaltenen Tätigkeiten durch private Einrichtungen zu fördern.
- die geplante Ersetzung der Eisenbahnlinie zwischen Esch/Alzette und Audun-le-Tiche durch eine Buslinie, die von einem privaten Unternehmen betrieben werden soll
- der voraussichtliche Betrieb der Straßenbahnlinien nach Esch und Beles durch privatrechtliche Unternehmen statt durch die CFL.
- der Kauf von Lehrplänen und die Auslagerung der Korrektur von Prüfungen an multinationale Unternehmen im Rahmen des öffentlichen Sekundarunterrichts.
- die Förderung der Entwicklung des Wettbewerbs zwischen den Schulen anstelle eines integrierten Ansatzes.

Diese Liste ist nicht erschöpfend. Immer mehr öffentliche und nicht-kommerzielle Dienstleistungen werden ausgelagert und privatisiert, wobei eine Strategie der Salami taktik verfolgt wird.

Diese Politik nützt letztlich nur den Privatunternehmen, die auf diese Weise lukrative öffentliche Aufträge erhalten. Den Arbeitnehmer\*innen nützt sie ganz sicher nicht. Diese Liberalisierungspolitik ging ausnahmslos auf Kosten der Arbeitsbedingungen, der Löhne und des Kündigungsschutzes des betroffenen Personals.

Der OGBL fordert von der Politik einen Kurswechsel, um der schleichenden Privatisierung der öffentlichen und nicht-kommerziellen Dienstleistungen Einhalt zu gebieten.

Der OGBL unterstützt auch die Aktionen der EPSU auf europäischer Ebene gegen Privatisierungen und für die Verteidigung der öffentlichen Dienste. Denn die Europäische Union war leider allzu oft ein Motor für die Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik in Europa. Die europäische Politik muss mit dem Neoliberalismus brechen und auf das Projekt eines echten sozialen Europas neu ausgerichtet werden. Dies wird auch dazu beitragen, die Unterstützung der Bevölkerung für das europäische Aufbauwerk zu stärken.